



(c) Per Jacob Blut

Update aus Berlin

Oktober 2023 (II)



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Polen hat gewählt. Nach jetzigem Stand scheint das Bündnis um Donald Tusk in der Lage, die künftige Regierung zu bilden. Das wäre ein starkes Signal für die Demokratie in Polen. Das Wahlergebnis zeigt auch: **Populisten sind besiegbare.**

Vor über einer Woche hat die Hamas zahlreiche israelische Ortschaften angegriffen. Mit Entsetzen sehen wir, dass die Kampfhandlungen nicht aufhören und viele Unschuldige leiden und sterben. Die Hamas hat bewusst die palästinensische Bevölkerung in Geiselhaft genommen. Viele müssen in den Süden des Gazastreifens fliehen. Allein die Hamas trägt dafür die Verantwortung. Bundeskanzler Olaf Scholz ist an diesem Dienstag nach Israel und Ägypten gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Er hat die ägyptische Regierung dazu aufgefordert, die Grenze zum Gazastreifen zu öffnen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. In der nächsten Woche kommen die europäischen Staats- und Regierungschefs zum Europäischen Rat zusammen. Neben dem Krieg in der Ukraine wird auch das aktuelle Geschehen in Israel auf der Tagesordnung stehen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat am Donnerstag in dieser Woche dazu eine Regierungserklärung im Bundestag abgegeben.

Olaf Scholz hat an unserer Kommunalkonferenz am Freitag teilgenommen, die unter dem Motto „An der Seite der Kommunen. Transformation als Gemeinschaftsaufgabe.“ stattfand. Pandemie, Krieg oder Inflation: Die Liste der kommunalen Aufgaben wächst. Wir verstehen uns als Anwältin der Kommunen und freuen uns auf einen gewinnbringenden Austausch darüber, wie Kommunen handlungsfähig bleiben und ihre Zukunftsfähigkeit sichern können.

Erfolgreiche Politik lebt vom Austausch. Dabei wollen wir den Dialog mit Interessenvertreterinnen und -vertretern so transparent wie möglich gestalten. Deshalb beschließen wir in dieser Woche das geänderte Lobbygesetz. Künftig müssen Interessenvertreterinnen und -vertreter angeben, auf welches Gesetzesvorhaben sie konkret Einfluss nehmen wollen. Um die Transparenz bei der Finanzierung zu stärken, müssen Hauptfinanzierungsquellen und Mitgliedsbeiträge offengelegt werden. Mit diesen Verschärfungen machen wir noch nachvollziehbarer, wie und wozu es Kontakt zwischen Abgeordneten, Bundesregierung und Lobbyverbänden gab.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Die Umfrage. >>> Kommunalkonferenz "Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen. >>> Mehr Transparenz bei politischer Interessenvertretung. >>> Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang mit Cannabis. >>> Planspiel der SPD-Fraktion. >>> Verkehr wird zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Im letzten Update wollte ich von Euch wissen, wie Ihr mit der aktuellen politischen Lage zurechtkommt. In vielen Antworten wurde deutlich, dass Menschen sich noch mehr aktive Informationen von politischen Akteuren wünschen. Ich möchte daran gerne anknüpfen und Euch möglichst noch mehr mit einbinden und informieren.

Welche Formate wünscht Ihr Euch, um politisch auf dem Laufenden zu bleiben?

- » Mehr Infos per Mail, aktuelle politische Ereignisse und entsprechende Hintergründe erklärt.
- » Mehr Hintergrundinfos auf den Social Media Kanälen
- » Regelmäßige Informations- und Diskussionsveranstaltungen, bei denen man ins Gespräch kommt und direkt Antworten auf aktuelle Fragen erhält.
- » Andere Ideen? (Schreib' gerne in das Textfeld)

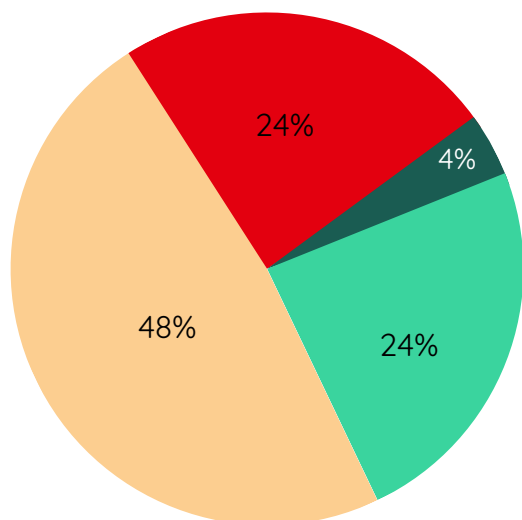
Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!



Die Umfrage.

Letzte Umfrage vom 13. Oktober:

So habt Ihr abgestimmt:



Seit dem letzten Update ist unglaublich viel passiert, was uns in Deutschland enorm beschäftigt: In Hessen und Bayern hat die SPD die Landtagswahlen verloren. Aber nicht nur das. Die AfD hat enorm zugelegt und ist zweit- bzw. drittstärkste Kraft. Die Flüchtlingsdebatte wird immer intensiver. Und der Angriff der Hamas auf Israel und die damit immer weiter eskalierende Lage im nahen Osten lassen wohl niemanden kalt.

***Ich möchte deshalb dieses Mal von Euch wissen:
Was macht das mit Euch?***

- ☐ Mich beschäftigt und belastet die aktuelle Lage sehr. Dennoch versuche ich mich so gut wie möglich zu informieren und immer auf dem Laufenden zu bleiben.
- ☐ Was aktuell in Deutschland und der Welt passiert, macht mir Angst und ist frustrierend. Aktuelle Nachrichten möchte ich am liebsten gar nicht mehr sehen und hören.
- ☐ Mich betrifft die aktuelle Lage nicht sonderlich, ich habe selbst genug um die Ohren.
- ☐ Deine eigene Antwort.

Eine Stimme aus der Umfrage:

“Mich beschäftigt die Lage und der Zulauf zur rechtsradikalen AfD sehr. Warum gibt es so viele Menschen, die sämtliche Klimaschutzmaßnahmen ablehnen und so viele, die die Flüchtlinge hassen und ihrem Schicksal und sogar dem Tod überlassen wollen. Regierung, Politik, und Wissenschaft muss mehr und bessere Überzeugungsarbeit leisten.”

Kommunalkonferenz: Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen.

Die SPD-Bundestagsfraktion versteht sich als Anwältin der Kommunen in Deutschland. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die Freiheit, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft gestalten zu können und die Bedingungen für gute Lebensqualität zu ermöglichen.

In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Zahl der Herausforderungen für die Kommunen jedoch drastisch gestiegen. Pandemie, Krieg oder Inflation sind nur einige davon. Wie bleiben Kommunen handlungsfähig? Wie sichern sie ihre Zukunftsfähigkeit durch Investitionen, Infrastruktur und Transformation?

Das sind die zentralen Fragen, mit denen Kommunen sich aktuell konfrontiert sehen. Diese haben wir zum Anlass und zum Hauptthema für unsere Kommunalkonferenz der SPD-Fraktion am Freitag gemacht.

Als besonderer Gast ist Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Konferenz auf die aktuellen Anstrengungen der Bundesregierung zur Unterstützung der Kommunen eingegangen. Ohne zu sehr "mit dem Finger auf andere zeigen zu wollen", wird dabei deutlich: Auch die Länder müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und beispielsweise Gelder, die der Bund zur Unterstützung für Kommunen bestimmt, auch an diese weitergeben.



Dennoch ist nachvollziehbar, dass die Kommunen in ihrer aktuellen Lage auch von Berlin mehr Tempo fordern. Dem wollen wir gerecht werden: Im Bereich der Infrastruktur, der Digitalisierung, mit Lösungen für die Unterbringungen Geflüchteter und mit Maßnahmen, um die Schuldensituation zu verbessern.

Im Rahmen unserer zwei Podiumsdiskussionen und zahlreichen Möglichkeiten zum Dialog mit dem Publikum kam auch immer wieder das Thema Wohnungsbau auf. Auch hier brauchen wir mehr Tempo und müssen den Kommunen das Leben leichter machen. Gut, dass wir gerade das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen.

Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in das Handeln der Kommunen haben, ohne diese allein zu lassen - das war der Tenor der Veranstaltung und das ist es, was wir vorhaben!

Mehr Transparenz bei politischer Interessenvertretung.

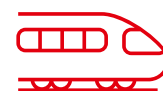
Seit dem 1. Januar 2022 gibt es das Lobbyregister, in dem sich alle Lobbyist:innen registrieren müssen, die Kontakt mit dem Bundestag oder der Bundesregierung aufnehmen. Wir haben es noch in der Großen Koalition, nach langem Widerstand der CDU/CSU eingeführt. Es ist online auf der Seite des Deutschen Bundestages für jede:n zugänglich. Aktuell sind **dort 6.082 Interessenvertretungen registriert.**



Wir haben seit dem Inkrafttreten die Rückmeldungen der Betroffenen und der Zivilgesellschaft sowie die Erfahrungen aus der Praxis ausgewertet. Mit den Änderungen, die wir in dieser Woche als Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen abschließend beraten, verschärfen wir das Lobbyregister und schließen Lücken. So stärken wir das Vertrauen der Öffentlichkeit in unser demokratisches System.

Künftig müssen Interessenvertreter:innen angeben, auf welches konkrete Gesetzgebungsvorhaben sie Einfluss nehmen wollen und die Kernpunkte ihrer Forderungen darlegen. Bei Beauftragung von mehreren Interessenvertreter:innen wird besser dargestellt, von wo der Auftrag ausgeht. Offengelegt wird ebenfalls, wer als Mandats- und Amtsträger:in zu Lobbytätigkeiten wechselt. Umfassende Angaben zur Finanzierung können künftig nicht mehr verweigert werden. Hierbei haben wir den Hilferuf von Wohlfahrtsorganisationen aufgenommen, die durch zu strenge Regelungen für die Veröffentlichung von Spendernamen einen Rückgang ihres Spendenaufkommens befürchten: Zuwendungen sind künftig anzugeben, wenn sie den Schwellenwert von 10.000 Euro pro Kalenderjahr und Spender:in übersteigen und zugleich mehr als 10 Prozent des Gesamtspendenaufkommens ausmachen.

Verkehr wird zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher.



Der Verkehr soll zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher werden. Dafür hat die Ampel eine Reihe von Maßnahmen verabredet: Wir investieren massiv in die Verkehrsinfrastruktur. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Bahn: Bis zu 45 Milliarden Euro werden wir zusätzlich investieren, um das Schienennetz zu modernisieren und auszubauen. Zur Finanzierung führen wir eine Klimakomponente bei der LKW-Maut ein und weiten die LKW-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5t aus. Damit bilden wir die tatsächlichen Kosten der Mobilität ab und ermöglichen, dass Straße künftig Schiene mitfinanziert. Wir beschleunigen wichtige Verkehrsprojekte: Genehmigungsverfahren werden schneller – vor allem um die Schieneninfrastruktur schneller auszubauen, die dringend benötigte Sanierung von Brücken anzugehen, Stauengpässe bei Autobahnen zu beseitigen und die Schnellladeinfrastruktur zügig auszubauen. Wir ermöglichen mehr Sicherheit im Verkehr vor Ort: Die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes gibt den Kommunen weitere Handlungsspielräume, um den Verkehr in den Dörfern, Städten und Quartieren sicherer und für alle Verkehrsteilnehmenden gerechter zu organisieren, so wie es die Bedingungen vor Ort erfordern.

Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang mit Cannabis.

In dieser Woche haben wir in 1. Lesung den Entwurf eines Cannabisgesetzes der Bundesregierung beraten. Ziel ist, den privaten Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis zu entkriminalisieren und zugleich Suchtprävention und Jugendschutz weiter zu stärken. Damit sollen auch der Schwarzmarkt für Cannabis und die Drogenkriminalität zurückgedrängt werden.

Konkret ist geplant, den Anbau von bis zu drei Cannabis-Pflanzen daheim und zum Eigenkonsum sowie den nicht-gewerblichen Eigenanbau in Vereinigungen oder Genossenschaften – sogenannten Cannabis Clubs – zu ermöglichen. Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und müssen umfassende gesetzliche Vorschriften einhalten. Cannabis darf nur an volljährige Mitglieder der Clubs weitergegeben werden.



Laut Entwurf soll Cannabiskonsum in einem Umkreis von 200 Metern zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spielplätzen sowie in Sportstätten nicht gestattet und strafbewehrt sein. Es sind zudem Mengen-, Qualitäts- sowie Kinder- und Jugendschutzvorgaben geplant, die durch die Behörden kontrolliert werden. Für Cannabis oder deren Anbauvereinigungen soll auch nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen. Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis ist künftig für Erwachsene außerhalb von Anbauvereinigungen straffrei. Für 18- bis 21-Jährige gelten strengere Regeln, etwa ein geringerer THC (Tetrahydrocannabinol)-Gehalt und eine geringere Abgabemenge pro Monat durch die Cannabis Clubs.

Nach vier Jahren soll das Cannabisgesetz mit Blick auf gesellschaftliche Auswirkungen evaluiert werden. Regionale Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten sind in einem separaten Gesetzesvorhaben geplant.

Im parlamentarischen Verfahren wollen wir den Gesetzentwurf im Sinne seiner grundsätzlichen Ziele weiter stärken.

Jugendliche machen Politik. Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion erneut großer Erfolg.



Drei Tage lang haben Jugendliche aus ganz Deutschland an dem Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teilgenommen und hautnah erlebt, wie Politik funktioniert – und wie viel Spaß Politik machen kann. Mit dabei: der 19-jährige Student **Fabian Rodenwald aus Ahlen**.

Am vergangenen Sonntag reisten rund 90 Nachwuchspolitikerinnen und -politiker nach Berlin, um Politik mitzugestalten. Sie bildeten ihre eigene

Fraktion, wählten ihren Fraktionsvorstand und erarbeiteten unter engagierten Debatten ihre Anträge in einer der fünf Arbeitsgruppen. Ich freue mich besonders darüber, dass wir so viele junge, engagierte Menschen in Berlin erleben durften und uns von ihnen inspirieren lassen konnten.



Foto: Per Jacob Blut



Foto: Per Jacob Blut

Als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion werde ich oft für Bürgermeisterkonferenzen angefragt. Am vergangenen Montag habe ich mich auf Einladung von **Brian Nickholz, MdB**, mit den Bürgermeistern aus dem Wahlkreis Recklinghausen II zu vielen Themen ausgetauscht, die unsere Kommunen bewegen.



Die SPD-Fraktion steht auf gleicher Augenhöhe an der Seite der Kommunen. Wir sind ihr Anwalt im Bund. Wir wollen die Entscheidungskraft unserer Kommunen erhalten, die Finanzen stabilisieren und die Investitionskraft stärken.

Im Austausch mit **Anja Troff-Schaffarzyk, MdB**, und den Bürgermeistern aus Niedersachsen. Im Mittelpunkt standen dabei die Förderprogramme für Kommunen und die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten.

